

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-299  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung  
Gründungszeit 1848

Verleger: Dornow-Verlag GmbH  
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

## Vor dem Abschluß in London.

### Die Grundlagen der Einigung.

London, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die am Freitagabend wieder aufgenommenen und am Sonnabendvormittag fortzusetzenden Verhandlungen über die Regelung der Räumungsfrage bis zum Abend formell zu einem Abschluß geführt sind, so daß am Sonntag bereits die Juristen sich mit der Formulierung des notwendigen Protokolls über die Verhandlungen beschäftigen können.

Da beide Teile gleichzeitig vereinbart haben, über den Verlauf der Verhandlungen bis zum Abschluß Stillschweigen zu bewahren, waren vorläufig positive Anhaltspunkte für die Form der Einigung an amtlicher Stelle nicht zu erhalten. Aber sicher ist so viel, daß als Grundlage der Einigung die einjährige Räumungsfrist betrachtet wird. Herrlot erklärt sich dagegen bereit, die „Flaschenhälften“ der Bräutungsköpfe und die besetzten badi-schen Gebietsstelle, sobald die Laufzeit der einjährigen Räumungsfrist begonnen hat, freizugeben. Außerdem werden die Termine der Freigabe fest umgrenzt und mit der notwendigen Rechtsförmlichkeit versehen werden.

Die deutsche Delegation wird in den Schlussprotokollen nochmals einen Vorbehalt hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des Ruhrunternehmens äußern. Die ursprünglich beabsichtigte Aufrechterhaltung eines Teiles der Regie durch Verwendung von 4000 bis 5000 französischen Eisenbahnern wird von Frankreich jetzt ebenfalls aufgegeben. Es ist ganz selbstverständlich, daß im Verlauf der Verhandlungen von deutscher Seite auch bestimmte Zusicherungen über die Befragungsmethoden für die Zukunft gefordert werden und versucht wird, ebenfalls Gewißheit über die Räumung der Sanktionsgebiete nach Jahresfrist zu erhalten.

Unter der Voraussetzung, daß das Protokoll der Verhandlungen bis Sonnabend, spätestens bis Montag, fertiggestellt ist, soll die Konferenz am Mittwoch beendet werden.

### Die französischen Zugeständnisse.

Paris, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach den zum Teil sich widersprechenden Meldungen der französischen Presse scheint in der zweistündigen Besprechung, die am Freitagabend von 8 bis 10 Uhr zwischen Maitz und Herrlot bzw. deren Mitarbeiter stattfand, eine prinzipielle Einigung auf folgender Grundlage zustande gekommen zu sein:

Die deutsche Regierung beschränkt sich darauf, von dem französisch-belgischen Beschluß, das Ruhrgebiet nach Ablauf eines Jahres zu räumen, Kenntnis zu nehmen. Dieser Beschluß wird ihr in einer offiziellen Note der Regierungen von Frankreich und Belgien mitgeteilt werden. Die Einzelheiten dieser Note werden im Laufe der Sonnabendbesprechungen festgelegt. Die Zugeständnisse, die die deutsche Delegation bei der Besprechung am Freitagabend erhalten hat, sollen folgende sein:

1. Die Räumung der seit Januar 1923 auf dem rechten Rheinufer außerhalb des Ruhrgebietes besetzten Zonen, d. h. der besetzten Hafen- bzw. Bahnhofsanlagen von Karlsruhe, Mannheim, Offenbach, Darmstadt, Emmerich und Wesel;
2. die Räumung der Zone von Dortmund und nach Ratifizierung der Londoner Konferenzbeschlüsse;
3. die Räumung von Ruhrort und die bestimmte Festsetzung der Räumung der beiden anderen Ruhrhäfen von Duisburg und Düsseldorf.

Sehr große Schwierigkeiten scheint am Freitagabend die Frage bereitet zu haben, wie bei der Festlegung dieser Bestimmungen verfahren werden soll. So hat sich Herrlot einstellend geweigert, in die Note, durch die Deutschland die Räumung des Ruhrgebietes offiziell mitgeteilt werden soll, das Versprechen der sofortigen Räumung der Zone von Dortmund aufzunehmen. Herrlot habe dies in der Unterredung mit Maitz und Stresemann auf das entschiedenste abgelehnt. Er habe an das von ihm gegebene Versprechen erinnert, nach Unterzeichnung der Abmachungen eine Besize der Geozugfähigkeit zu machen und erklärt, er werde dieses Versprechen einhalten, wünsche aber andererseits in voller Freiheit aus eigener Initiative zu handeln.

Das über die Besprechungen am Freitagabend von französischer Seite ausgegebene amtliche communiqué besagt ausdrücklich, daß der weitere Meinungsaustausch ein günstiges Resultat erhoffen ließe.

### Die Räumungsfristen.

Paris, 16. August. (W.B.) Wie der Londoner Sonderbericht-erhalter des „Matin“ mitteilt, hatte General Kollat gestern Abend eine längere Unterredung mit dem Generalkonsul des Generals Degoutte, General George, in der die deutschen Forderungen geprüft worden sein sollen. Möglicherweise dürfte nicht allein Dortmund, sondern auch der Hafen von Ruhrort schon bei Unterzeichnung des Protokolls geräumt werden.

Nach dem Londoner Sonderberichterstatter des „Quotidian“ soll die französische Regierung die Absicht haben, die Räumung der Zone von Dortmund anzunehmen, sobald Herrlot vom Parlament ermächtigt worden sei, die Londoner Abmachungen endgültig zu unterzeichnen.

### „Das letzte Hindernis beseitigt.“

London, 16. August. (W.B.) Die Blätter heben hervor, es bestehe jetzt alle Hoffnung, daß die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes heute geregelt und daß damit das letzte Hindernis für den Erfolg der Londoner Konferenz beseitigt werde. Die Blätter betonen, daß Herrlot angesichts seiner schwachen innerpolitischen Stellung den Zeitpunkt der Räumung nicht vor Ablauf eines Jahres habe setzen können, ohne

dadurch den Sturz seiner Regierung herbeizuführen, was eine „politische Katastrophe“ bedeuten würde.

„Daily Herald“ (Soj.) schreibt, von Anfang an sei klar gewesen, daß der Erfolg oder Mißerfolg der Londoner Konferenz von der Bereitschaft der Franzosen abhängig sei, ihre Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückzuziehen. Das Blatt betont, daß Herrlot gestürzt worden wäre, wenn er zugestimmt hätte und die französischen Truppen sofort aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen worden wären, und daß dies von Poincaré ausgenutzt worden wäre. Es sei vollkommen möglich, daß die Franzosen, wenn sie ersehen, daß sie die gesamten Ausgaben für das Abenteuer Poincarés bezahlen müßten, froh sein würden, die Räumung noch vor einem Jahre zu bewirken.

### Heute Vollziehung.

Paris, 16. August. (W.B.) Wie der Sonderberichterstatter von Havas aus London meldet, soll am 6. Uhr Abends eine Vollziehung der Konferenz abgehalten werden, in der die Unterschriften unter das Schlussprotokoll erfolgen würden. Sollten sich im Laufe des Tages noch Schwierigkeiten ergeben, so würde die Schlussführung der Konferenz erst am Montag stattfinden.

### Umfall vom Umfall.

#### Die Deutschnationalen und das Londoner Kompromiß.

Die Deutschnationalen wollen wieder „national“ sein. Sie schlagen wieder einmal die Tonart an, die in den Rüstungsresolutionen der Brotwucherer vom Reichslandbund vorgezeichnet worden ist. Sie besinnen sich auf ihre Tapferkeit und ihre Besinnung und wollen kämpfen. Denn jetzt sehen sie eine Chance zu einer großen politischen Auseinandersetzung, bei der sie trotz des schmachvollen Brotwuchertumhandels, trotz aller Selbstbedrückung wieder mit der nationalistischen Phrase operieren können. So reden sie starke Töne gegen die Verständigungsgrundlage in London und die deutschen Unterhändler. Der „Tag“ spricht von einem „Tag der Schwäche“:

„Die Zugeständnisse, die Deutschland, d. h. die Berliner Reichsregierung, gestern den Franzosen gemacht hat, sind ein faules, sehr faules Kompromiß. Wenn man sich schärfer ausdrücken will, so kann man sogar von einer Unterwerfung reden.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ beschimpft die deutschen Unterhändler:

„Oder ist es vielleicht etwas anderes, als ein politisches Trinkgeld, wenn Herr Herrlot mit der Wiener vollendeter Geozugfähigkeit sich bereit erklärt, die einjährige Befestigungsfrist statt vom Wirtamerwerden des Gulachlens, also etwa von Anfang Oktober ab, bereits vom Augenblick der Unterzeichnung des Räumungsabkommens, also von Ende August ab, laufen zu lassen? Man sollte annehmen, auch in den Reihen der deutschen Delegation bestünde ein Gefühl dafür, wie unwürdig das Spiel ist, das auf solche Art von allen Seiten mit ihr getrieben wird.“

Wenn die deutsche Delegation so vollkommen zum Objekt der Situation in London geworden ist, kann man der Gegenseite zu unseren Unterhändlern gratulieren.“

Die „Deutsche Zeitung“ beginnt aufs neue mit der Haß- und Nachpropaganda:

„Wie sich die Reichsregierung mit dem Reichstag auseinandersetzt, ist ihre Sache, unsere Sache ist — und darüber wird zu gegebener Stunde zu sprechen sein —, dafür zu sorgen, daß der Haß gegen die Feinde sich vernünftigerweise und die Sache das Ziel unserer Wünsche bleibt.“

Die „Kreuzzeitung“ endlich gibt eine unzweideutige Erklärung über die Haltung der Deutschnationalen bei der kommenden inneren Entscheidung über das Gutachten:

„Unsere Stellung zu dem vorausschicklichen Entschluß der Regierung brauchen wir nicht mehr auseinanderzusetzen. Für uns bleibt das Dames-Gutachten schon allein wegen der einjährigen Räumungsfrist unannehmbar. Die weiteren Konsequenzen mag sich die Regierung Marx-Stresemann selbst ausmalen, zumal wir uns nicht denken können, daß auch die Volkspartei von ihren bestimmt ausgesprochenen Voraussetzungen für die Annahme des Gulachlens abgeht.“

Man wird nach der bisherigen Haltung der Deutschnationalen diese Kampfstellung nicht als Ausfluß nationaler Entrüstung und Enttäuschung ansehen, sondern als Ergebnis einer nüchternen taktischen Rechnung, die mit nationalem Idealismus sehr wenig zu tun hat. Die Deutschnationalen waren zum Umfall bereit, solange sie die Agrarblöcke, die Nachposition der Agrarblock, den Bürgerblock als sichere Kompensation für den Umfall ansahen. Die Geschäftsaussichten sind etwas schwankend geworden. Die Zollfront ist nicht so einheitlich und fest, wie sie glauben, ihre Pläne mit der Agrarblock sind ausgedehnt worden, und gegen den Bürgerblock zeigt sich immer stärker ein einheitlicher Abwehrwille der Linken. Da das Geschäft faul wird, besinnen sie sich auf ihre „nationale Besinnung“. Aber wer wird sie ernst nehmen nach dem Vorausgegangenem? Wer wird an die Echtheit ihrer nationalen Besorgnis glauben, nachdem sie bereit waren, sie gegen bar zu verkaufen? Und wer weiß, ob sie nicht trotz aller Erklärungen am Ende doch noch — noch einmal umfallen?

## Rückkehr zum Achtstundentag.

### Eine Unterredung mit dem französischen Arbeitsminister.

Es gibt unter den Politikern Frankreichs kaum einen, dessen Urteil in sozialpolitischen Fragen größere Autorität beanspruchen könnte, als das des Arbeitsministers im neuen Kabinett, Justin Godart. Als zweiter Bürgermeister von Lyon einer der intimsten Mitarbeiter Herrlots, mit ihm auf der gleichen Liste des Kartells der Linken gewählt, vertritt er in der Kammer seit 18 Jahren ein fast ausschließlich von Arbeitern bewohntes Viertel der großen Seidenweberei an der Rhone. Durch seine administrative Tätigkeit vertraut nicht nur mit allen sozialen Nöten unserer Zeit, sondern auch mit den kleinsten Details der Sorgen, Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft, war er lange vor dem Kriege schon einer der entschiedensten Vorkämpfer sozialen Fortschritts in Frankreich, auf parlamentarischen wie auf literarischem Gebiete. Mehrere Bücher, darunter ein ganz hervorragendes Werk über „Die soziale Gesetzgebung der dritten Republik“, geben davon nicht minder Zeugnis als die ungemein aktive Rolle, die er unmittelbar nach dem Waffenstillstand als Berichterstatter in der Kammer bei der von der Reaktion aufs Heftigste bekämpften Durchführung des Achtstundentages gespielt hat. Von Herrlot an die Spitze des mit dem Ministerium für Hygiene und öffentliche Wohlfahrtspflege wieder vereinigten Arbeitsministeriums berufen, hat Godart in mehrfachen Erklärungen in Parlament und Presse ein Programm der sozialen Reformen entwickelt, dessen Grundzüge vorbildlich genannt zu werden verdienen.

Der Pariser Vertreter unseres Blattes hatte dieser Tage eine Unterredung mit Herrn Godart über die Frage des Achtstundentages. Godart empfing den „Vorwärts“-Vertreter mit der Versicherung, daß er die zwischen der Arbeiterschaft und der Industrie in Deutschland um die Dauer der Arbeitszeit geführte Auseinandersetzung mit besonderem Interesse verfolgte. „Wie in Frankreich“, so führte er aus, „haben mit dem Achtstundentag die besten Erfahrungen nicht nur hinsichtlich der Hebung der Volksgesundheit und der Moral der Arbeiterschaft, sondern vor allem auch hinsichtlich der materiellen Ergebnisse gemacht. Nach den Ziffern der amtlichen Statistik hat die Produktion durch die Verkürzung der Arbeitszeit keineswegs gelitten. Der Arbeiter leistet heute in acht Stunden dasselbe wie früher in neun- und zehnstündiger Arbeitszeit, unter der Voraussetzung, daß die Unternehmung ihm dazu die materiellen Hilfsmittel zur Verfügung stellt. Mit anderen Worten: Der Ruhezustand der Arbeit ist beträchtlich gestiegen, was ja auch durch die Erfahrung anderer Länder bestätigt wird. Die Produktion gewinnt, was sie durch den Ausfall an ein oder zwei Arbeitsstunden verliert, mehr als reichlich wieder infolge der weit größeren physischen Leistungsfähigkeit und der gesteigerten Freude an der Arbeit einer nicht mehr überanstrengten, in ihrem Selbstbewußtsein gehobenen und durch die Möglichkeit, sich ausgiebig zu erholen, körperlich gekräftigten Arbeiterschaft.“

Dieses Resultat wird in Frankreich auch von der großen Mehrheit des Unternehmertums rückhaltlos anerkannt, und es ist demnach wohl begreiflich, wenn die Industrie selbst von einer Rückkehr zu längerer Arbeitszeit nichts wissen will. Trotzdem würde Frankreich dazu gezwungen sein, wenn in Deutschland, wie dies die Entwicklung der letzten Monate befürchten läßt, der Zehner oder gar Zwölfstundentag wiederum die Norm werden sollte. Unsere zum großen Teil noch im Stadium der Entwicklung stehende Industrie hat schwer zu kämpfen, um der Konkurrenz auf den internationalen Märkten gewachsen zu sein. Der beträchtliche Vorsprung in den Produktionsbedingungen, den die deutsche Industrie mit der Verlängerung der Arbeitszeit gewinnt, würde für die unsere ein Handicap bedeuten, das Frankreich unweigerlich ins Hintertreffen drängen müßte. Wir werden also, wenn Deutschland nicht in absehbarer Zeit zum Achtstundentag zurückkehrt, ernstlich in Erwägung ziehen müssen, ob Frankreich auf die Dauer sich damit abfinden kann. In England, Belgien, Italien und anderen Ländern sind, wie Sie wissen, gegenwärtig ganz ähnliche Erwägungen an der Tagesordnung. Das ist auch der Grund, warum wir in den Gesehtenwurf betr. die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, den die Regierung dieser Tage im Parlament eingebracht hat, einen ausdrücklichen Vorbehalt hineingeschrieben haben, der die endgültige Sanktionierung der internationalen Vereinbarungen zum Schutze der Arbeiterschaft von ihrer vorbehaltslosen Annahme auch durch die Nachbarländer Frankreichs abhängig macht. Es ist dies ein Akt der Notwehr, den uns die Rücksicht auf das nationale Interesse und die eigene Industrie aufzwingt.“

„Es ist Ihnen sicher nicht unbekannt, Herr Minister,“ warf der Vertreter des „Vorwärts“ ein, „daß von der deutschen Industrie ganz analoge Argumente ins Treffen geführt werden. Auch von dieser Seite her wird vor allem geltend gemacht, daß es die Rücksicht auf die ausländische Konkurrenz sei, die Deutschland die Rückkehr zu längeren Arbeitszeiten aufnötige, zumal die deutsche Industrie durch die Verpflichtungen zu sehr beträchtlichen Reparationsleistungen gegenüber dem Auslande stark „gehandicapt“ sei. Führende Kreise des Unternehmertums in Deutschland vertreten, wie Ihnen ebenfalls bekannt sein dürfte, den Stand-

punkt, daß die Verpflichtungen, die die Annahme des Dawes-Planes gerade der deutschen Industrie auferlegt, unerfüllbar seien, wenn sie nicht in entsprechender Mehrproduktion, d. h. Mehrarbeit ihren Ausgleich fänden.

„Ich kenne diese Argumente sehr genau,“ erwiderte der Minister, „aber ich weiß auch, daß es bereits eine sehr große Rolle gespielt hat, bevor noch von dem Dawes-Plan die Rede war, zu einer Zeit, da Deutschland jede Leistung für die Reparationen tatsächlich eingestellt hatte. Man würde diesen Einwand gelten lassen können, wenn die deutsche Industrie sich bereitfinden würde, den effektiven Ertrag der ein oder zwei Stunden Mehrarbeit den Reparationsgläubigern zugute kommen zu lassen. Davon aber ist doch offenbar nicht die Rede? Der einzelne deutsche Unternehmer, der seine Lieferungen an die Alliierten aus dem Reparationsfonds zum vollen Werte vergütet erhält, bringt doch damit kein persönliches Opfer, und letzten Endes kommt es für ihn auf das gleiche hinaus, ob er sich den Auslandsmarkt im freien Konkurrenzkampf oder auf dem Wege solcher Pflichtlieferungen erschließt. Vor allem aber vergessen Sie das eine nicht, daß Frankreich trotz des Achtstundentages in der Lage gewesen ist, die zerstörten Gebiete zu zwei Dritteln aus eigener Kraft wieder aufzubauen, daß die französische Industrie mit verkürzter Arbeitszeit die gewaltige Mehrleistung vollbracht hat, die die Lieferung von Millionen Tonnen von Materialien, Halbzeugen und Fertigfabrikaten für die Rekonstruktion der zusammengeschossenen Straßen, Eisenbahnen, Brücken, Fabriken und Häuser von ihr forderte. Die Anforderungen, die der Dawes-Plan an die deutsche Industrie stellt, halten damit keinen Vergleich aus.“

„Ich bin überzeugt,“ warf der Vertreter des „Vorwärts“ ein, „man wird auch in Deutschland sich der Beweiskraft dieses letzten Argumentes nicht entziehen können, vorausgesetzt, daß Frankreich den Achtstundentag nicht nur auf dem Papier durchgeführt hat. Das aber ist nach meiner Kenntnis der Dinge bisher doch wenigstens teilweise, der Fall. Das aus der Zeit nach dem Waffenstillstand stammende Gesetz hat in der Zwischenzeit mancherlei Modifikationen zugunsten einzelner Industrien und zum Nachteil der Arbeiterschaft erfahren. Die sogenannten Derogationen geben der Industrie die Möglichkeit, die Arbeitszeit durch Einführung von Überstunden — in der Montanindustrie zum Beispiel bis zu 100 im Jahre — tatsächlich zu verlängern.“

„Gewiß,“ erwiderte der Minister, „aber diese Ausnahmen sind im Washingtoner Abkommen ausdrücklich zugelassen, und wie Sie sich an Hand der Texte selbst überzeugen können, geht keine der im französischen Gesetz vorgesehenen Derogationen (Abweichungen von der Regel) über die im Washingtoner Abkommen gezogenen Grenzen hinaus.“

Mit der Erklärung, daß es ihm zu besonderer Genugtuung gereiche, wenn seine Ausführungen dazu beitragen könnten, einer demokratischen Idee zum Siege zu verhelfen, beendete der Minister die Unterredung.

## „Der Ekel schüttelt einen!“

Geisterei gegen das „Reichsbanner“.

Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, der Bund republikanischer Kriegsteilnehmer, ist den völkischen Heerscharen so arg in die Glieder gefahren, daß sie abwechselnd sich bemühen, es lächerlich zu machen und gleichzeitig es als eine „Garde Mollets“ zu verleumdern.

Aus der „Deutschen Zeitung“ erfahren wir jetzt, daß sogar der aus der Volkspartei hinausgeworfene Geisler, von Rammons Gnaden Geschäftsführer der sogenannten „Vaterländischen Verbände“, eine Broschüre gegen das Reichsbanner verbrochen hat. Was der saubere Kunde, über dessen moralische Dualitäten man in der Fraktion der Deutschen Volkspartei hinlänglich Aufschluß geben kann, zusammenschreibt, ist an sich durchaus gleichgültig. Wir erwähnen es nur, um zu zeigen, von welchen Voraussetzungen aus die berufsmäßigen Putzschisten die Entstehung und das Wachstum der republikanischen Organisation beurteilen. Die Burschen, die seit Jahren

den bewaffneten Zustand vorbereiten, die dem Ludendorff-Putsch ebenso begrüßten wie den Ueberfall der „nationalkommunistischen Hausen“ in Kärnten, erdreisten sich zu behaupten, das „Reichsbanner“ diene dem militärischen Landesverrat! In diesen Worten liegt eingeschlossen das Geständnis, daß die „Vaterländischen Verbände“ rechts- und verfassungswidrig militärische Rüstungen betreiben wollen und daß sie sich vor den Millionen der republikanischen Frontkämpfer fürchten, die ihnen das saubere Handwerk zerstören werden. Einem solchen Gegner kann man nicht anders beikommen als durch plumpesten, aber wohl vorbereiteten Schwindel. Worauf die Sache hinausläuft, ist in folgenden Sätzen zusammengefaßt:

Das schwarzrotgelbe Reichsbanner soll also die Schutztruppe für die Republik, für Ebert, Braun, Severing usw. sein. Die Gewerkschaften und Klassenkampfverbände stellen die Mannschaften. — Ein Handgeld von 40 Goldmark macht den Eintritt schmachtlich und lohnend. — An Zulauf kann es also nicht fehlen. Die reichlich zur Verfügung stehenden Geldmittel stammen von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, und diese werden nachweisbar nicht nur aus dem Berliner Westen, sondern vor allem auch durch Vermittlung der Londoner 2. Internationale aus dem Auslande unterstützt und ausgehalten. —

Die Mitglieder des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, die für ihre Organisation nicht nur Beiträge zahlen, sondern auch aus ihren kümmerlichen Einnahmen noch die Bekleidungsstücke selbst beschaffen, werden mit Erstaunen lesen, daß sie ein „Handgeld von 40 M.“ erhalten hätten. Aber sie schlussfolgern mit Recht aus einer solchen Mitteilung, daß bei den sogenannten vaterländischen Putzverbänden, die Handgelder reichlich zu fließen pflegen. Und wenn sie sich daran erinnern, wie zahlreich die Bettelbriefe für „Stahlhelm“ und Hitlerorganisationen bei den Industriefirmen herumflattern, so wird ihnen der alte Satz einfallen, daß niemand einen anderen hinter einem Strauche sucht, hinter dem er nicht schon einmal selbst gefressen. Auch der Geisler käme sicher nicht auf den kuriosen Einfall, wenn er nicht selber an die „Handgelder“ aus dem Industriefonds gewöhnt wäre!

Die Firma Geisler, an die selbst die Stresemann-Partei nur mit Schaudern zu denken mag, leistet sich schließlich gar eine moralische Entrüstung. So ist in der „Deutschen Zeitung“ zu lesen:

### Der Ekel schüttelt einen!

Im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ steht vor unserem entsetzten Auge das aus Deutschen gebildete Freiwilligenheer der Entente in Deutschland, gebildet aus Deutschen zur Wiederherstellung jeder freiheitlichen Bewegung unserer getrockneten Bevölkerung!

Wenn irgendwo von Ekel die Rede sein kann, so allerdings nur angesichts der Tatsache, daß diejenigen noch immer das große Wort führen können, die längst im Sumpfe ihrer eigenen Erbärmlichkeit ersickt sein sollten! Der Geisler, der als Führer der Selben gewerkschaftlich bei den Industriellen schnorrt, um seine sogenannten „Arbeiterverbände“ gegen die Gewerkschaften aufstellen zu können, der die moralische Prostitution gewisser Arbeiterschichten zum Prinzip erhob, dieser Geisler mag es, von Ekel zu reden! In seiner Broschüre kündigt er an, daß die von ihm aufgestellten verleumderischen Behauptungen dauernd gegen das „Reichsbanner“ ausgesprengt werden sollen. Das wäre die „wirkungsvollste Möglichkeit der Unschädlichmachung dieser Organisation“.

Nach dieser offenerzigen Mitteilung wird man sich also auf eine neue Schlammflut von Erfindungen gefaßt machen müssen. Alle Republikaner und besonders alle Reichsbannerleute wissen aber jetzt, woran sie sind. Sie werden den von Großkapitalisten gekauften „vaterländischen“ Verleumdern rechtzeitig und gebührend die Antwort auf die verleumderischen Unterstellungen zu geben wissen und sich nicht damit begnügen, die brauen Vaterländischen nur vom Ekel schütteln zu lassen.

lane und ist der Bahnhof von Whitechapel. Ist keine zehn Minuten vom „Herz des Reiches“ und ist doch die Hölle aller Höllen. Nehmt Berlins verkommenstes Wohnhaus; in Whitechapel wirkt es als Pruntpalast. Und selbst ein Dickens, der es vor fünfzig Jahren schilderte, er stünde machtlos der Aufgabe gegenüber, diese Hölle von heute zu beschreiben. Die Hölle der Höllen, Londons Arbeiterviertel Whitechapel, aus dem noch keine wiederkehrte, der darin verlor; über dessen Eingang Dantes Feuerbüchsen gepossen stehen: Die Ihr hier eingeht, laßt alle Hoffnung fahren. Ein Dickens könnte nicht schildern, ein Hogarth mit all seiner Bitterkeit nicht zeichnen, was an furchtbarem Rot, an Armut, Hunger, Wut und Verderben diese Erdtäler bergen. Rein Gott, man kann das verstehen; nicht wahr, diese Nachbarschaft ist immerhin peinlich für das vornehme „Herz des Reiches“. Und man kann verstehen, daß man da das Wörtchen „Bridlane“ recht recht klein druckt. Man kann das verstehen, wie gesagt. Aber es ist zugleich typisch für das System der bürgerlichen Gesellschaft, einen Schaden zu veruschen, statt ihn zu heilen. Die Wembley-Ausstellung wird schätzungsweise an die hundert Millionen Schilling Unkosten haben; eine Summe, die zum Bau von sechzigtausend Wohnhäusern hingereicht hätte. Und nebenbei hätte man von da ab das Wörtchen Bridlane schon etwas fetter drucken dürfen. Aber wer kann an alles denken. Es ist etwas Peinliches um diese Kulturschande zehn Minuten weit vom „Herz des Reiches“. Und man versucht sie, solange man sie veruschen kann. Schließlich werden sich eines Tages die Leute von Whitechapel selbst melden. Denn zehn Minuten sind nur ein Schritt. Noch ist er — trotz Macdonald — nicht gemacht. Eines Tages wird auch dieser Schritt gemacht werden.

**Kintopp auf der Bühne.** Die Sommerdirektion der Kammerpiele brachte gestern unter diesen Mühen eine vieraktige Komödie von Channing Pollock mit dem aufregenden Titel „Das Zeichen an der Tür“ heraus. Das klingt unheimlich und angenehm gruselig, man erwartet Sensationen und denkt an Harry Piel. Die Handlung ist auch wie für den Film geschaffen; nur muß bemerkt werden, daß man im Film schon vor 10 Jahren derartige Stoffe verlassen hat, weil sie selbst dem anspruchsvollen Kinopublikum zu dumm vorkamen. In der amerikanischen Komödie werden dem Theaterbesucher allerhand Nervenreize geboten, wie er sie sonst nur im Varieté genießen kann: verschiedene Leute suchen mit dem geladenen Revolver herum, ein Schurke wird erschossen, außerdem knallt die Heßlin zweimal leer in die Luft. Es handelt sich nämlich um einen Weiberherzen knisenden gewissenlosen Weibemann, den schließlich die wohlverdiente Kugel des eifersüchtigen Ehegatten trifft. Damit daraus ein abendfüllendes Stück wird, hat der Verfasser die an sich alatte Sache durch Erpressungen, wunderbare Zufälle, falsche Mordebegehungen und ähnliche Sensationen unter Heranziehung einer auf Skizzen gebenden Psychologie perzwinkt.

Für dieses Stück haben sich gute Darsteller mit einem Ernst eingelegt, der einer besseren Sache würdig wäre. Die blonde Fran-

## Der Abbau der Republikaner.

Demokratische Mahnung.

In den Mitteilungen der Deutschen Demokratischen Partei finden wir in der Nummer vom 7. August folgende Mahnung an die Demokraten im Lande:

„In letzter Zeit mehren sich die Fälle, wo in den Kommunalverwaltungen auf Grund der Abbaueinrichtung hohe Kommunalbeamte beseitigt werden. Wir machen unsere Ortsorganisationen darauf aufmerksam, daß es nicht Sache der demokratischen Stadtverordnetenfraktionen sein kann, in Gemeinschaft mit der Rechten Republikaner, die in führende kommunalpolitische Stellungen gekommen sind, beseitigen zu helfen.“

Man kann nicht sagen, daß diese Mahnung überflüssig ist. Die Demokraten haben sich in zahlreichen Fällen an dem Abbau der Republikaner sehr energisch mitbeteiligt, wenn es gegen die Sozialdemokratie ging. Ob z. B. die Berliner Demokraten sich die Mahnung ihrer Zentrale zu Herzen nehmen werden? Wir zweifeln vorläufig noch sehr daran.

## Deutschnationale Feme.

Gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Boykott gegen Republikaner.

In den geeigneten Fällen ist die Stellung des Junkertums nach wie vor außerordentlich stark. Trotzdem die unmittelbare Machtstellung der Junker in der Verwaltung schwer erschüttert ist, verfügen sie noch über genug Mittel, um ihren Einfluß geltend zu machen. Sie überziehen das Land mit einem Netz von Organisationen und Verbänden, die ihren Zwecken dienen. Kürzlich erschien in den westpreussischen Blättern ganz offen die Ankündigung von „Ehrengerichten des Heimatbundes in Ostpreußen“. Mit dieser Ankündigung wurde mitgeteilt, daß in Ostpreußen in allen Kreisen aus angesehenen führenden Männern des Heimatbundes „Ehrenräte“ gebildet worden seien:

„Entzieht sich jemand seiner nationalen Pflicht, so hat der Ehretrat den Fall zu untersuchen und, falls sich Belästigungen ergibt, seinen Spruch zu fällen. Dieser lautet: Auf Freisprechung oder auf Warnung oder auf Ausschluß aus der Gesellschaft und allen nationalen und wirtschaftlichen Verbänden.“

Diese samojen Ehrengerichte sind selbstverständlich nichts weiter als in der schamlosesten Weise gehandhabte wirtschaftliche Druckmittel gegen unbequeme republikanische Persönlichkeiten. So wird aus Ostpreußen ein Fall bekannt, daß einem Mann, der nichts weiter verbrochen hat, als daß er nicht Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei ist, sondern auf dem Boden der Republik steht, durch eingeschriebenen Brief mitgeteilt wird: Der Ehretrat des Heimatbundes Ostpreußen und der ihm angeschlossenen Organisationen haben einstimmig keinen Ausschluß aus der Gemeinschaft vaterländisch gesinnter Männer beschlossen, da er durch sein Verhalten seit der Revolution dauernd ihre Arbeiten am nationalen Wiederaufbau des Vaterlandes untergrabe. Die „Provinzial-Ehrengerichtsstelle“, an die das Urteil zur endgültigen Bestätigung weitergeleitet wurde, und die sich neben einem bürgerlichen aus zwei gewöhnlichen Adelligen, einem Grafen, einer Excellenz und einem Major a. D. zusammensetzt, hat diesen ungeheuerlichen Spruch bestätigt, womit er „rechtskräftig“ wurde. Infolgedessen wurde alsbald dafür gesorgt, daß dem so Befundenen der Zutritt zu allen Vereinen und Verbänden verschlossen blieb. Dieser Terrorismus des ostelbischen Junkertums paßt ganz und gar in ihr politisches System hinein. Hoffentlich wird aber auch hier durch energisches Auftreten der Republikaner dafür gesorgt, daß diese Gesellschaft gezwungen wird, etwas vorsichtiger aufzutreten. Im allgemeinen sind die Herren von einer anerkennenswerten Feigheit, sowie sie merken, daß ihnen energisch entgegengetreten wird. Die Republik kann sich unter keinen Umständen gefallen lassen, daß die Terroristen ihr ergebene Männer glauben schikanieren zu können. Wir hoffen, daß sie auch in Ostpreußen sich zu wehren wissen wird.

**Schweizerisches Einreiseverbot für russische Staatsangehörige.** Der Schweizerische Bundesrat hat ein allgemeines Einreiseverbot für russische Staatsangehörige erlassen.

## Trafalgar-Square.

Von F. D. Ullm.

Es geht die Sage, daß selbst Lieschen Müller aus Treuenbriehen, die bekannt sachverständige Kennerin der Mourids-Cahler-Romane, nimmt sie morgens das Wörtchen zur Hand, zuerst die Londoner Telegramme überfliege, ehe sie sich in die geistigen Genüsse vertiefe, die ihr die klassische Deutschöperin des deutschen Romans in stammütterlich fruchtbarer Fruchtbarkeit spendet. Lieschen Müller hat recht. Es läßt sich nicht länger verheimlichen: es tut sich was in London.

Sollte sich aber jemand hier eine Debatte versprechen über die Zusammenhänge zwischen Poincaré, Zwanzig-Millionen-zu-viel und deutscher Landwirtschaft, der sei auf den politischen Teil dieser Zeitung verwiesen. Hier sei vielmehr die Rede von anderen Londoner Ereignissen: von der englischen Weltausstellung in Wembley-Parl.

Es ist etwas Stotzes um dies Paradoxon: Englische Weltausstellung. Die Engländer haben keinen Ausländer zu ihrer Ausstellung zugelassen; aus Eigenem kaufen sie eine Weltausstellung. Eine Tat, die ihren Stolz rechtfertigt. Und sie sind stolz auf ihr Werk; man merkt es aus jeder Veröffentlichung über die Wembley-Ausstellung. Ein Zufall spielte mir einen Orientierungsplan in die Hände, der mit dem Sagenpaar zugleich die Lage der Zufahrtsstraßen zeigt. Ein schier unentwirrbares Gebilde von Eisenbahnen, Straßenbahnen, Untergrund- und Autobuslinien mit eingekreisten Haltepunkten, das jedem zeigt, wie er am besten die Ausstellung erreichen kann.

Man findet da berühmte Namen unter diesen Bahnhöfen, und stolz hat der Verleger ihre Namen durch Fettdruck hervorgehoben. Und am meisten fällt auf, am meisten ist hervorgehoben und durch ein beigebranntes Nelson-Denkmal bemerkbar gemacht der Trafalgar-Platz. In großen Lettern steht da: Trafalgar-Square, the Heart of the Empire. Trafalgar-Platz, das Herz des Reiches. Und man sieht im Geiste den prunkenden Weltstadtbahnhof des Londoner Regierungsviertels, sieht Riesenpaläste, in denen die Geschichte von Millionen entworfen werden, sieht Wohlbehagen, Reichtum, verschwenderischen Luxus, gegen der Berlins Tiergarten ein Nichts ist. Trafalgar-Square, the Heart of the Empire. Und weiter wandert der Blick über die Korre. Nicht neben dem „Herz des Reiches“, schamhaft versteckt in ganz ganz kleinen Druck das Wörtchen: Bridlane. Irgendein unbedeutend kleiner Haltepunkt. . . . Bridlane? Bridlane? — — —? Da springt es mir ans Herz wie ein eisiger Schreden: Bridlane, der Riesenbahnhof von Whitechapel, Londons Erdbeberierick! Ein Koloss von Bahnhof, der den von Trafalgar-Square in die Tasche steckt; m. heißt er unglücklicherweise Brid-

ziska Ring war herzerfrischend in ihrer spröden Armut, rührend in ihrer Herzensangst und fast erschütternd im Kampf um die Liebe ihres Mannes. Friz Kortner gab den liebenden Gatten mit verhaltener Eifersucht und drohender Energie. In seinem Bestreben, natürlich zu erscheinen, ging er zu weit, so daß sein Spiel den Charakter des Gewollten annahm. Der Liebemann fand in Walter Steinbeck einen glänzenden Vertreter. Unter der Maske des bescheiden-liebenswürdigen sorglosen und leichtfertigen Geniemans erschien schon im ersten Augenblick der schürftige Kert.

In den üblichen Premierapplaus mischte sich übrigens deutsches Pfeifen.

**Raimunds „Verschwender“ in Esperanto.** Aus Wien wird geschrieben: Ueberall latitert jetzt die grünen Esperantofahren. Der Weltkongreß der Esperantisten tagt in dieser Stadt und ein Hauch von Weltverböhrung und Weltverständnis weht vom Rabenberg. Jamenhofs Erfindung wirkt wie eine Notwendigkeit, wie Selbstverständliches, längst gefällig Gewesenes. Die Wiener Straßungen rabdrehen esperantistisch, haben ihre „Heß“ an einer graufamen Vergewaltigung. Da und dort steht irgendeine Veranstaltung im Zeichen des grünen Esperantosternes. Die interefforteste aber war doch die Aufführung des lieben alten Raimunds Wiener Volksstückes in der Esperantosprache. „La Malsparolo“ heißt „Der Verschwender“ in der Weltsprache. Es war fesseln, das Dautbild der Weltsprache auf sich wirken zu lassen. Da stellte sich vor allem heraus, daß Esperanto nicht von Dialektbefangenheit befreit. Manche Wiener Schauspieler saß, auch wenn sie sich esperantistisch gebärdeten, der Wiener Dialekttschem im Genick, ein anderer Darsteller kam auch auf den Fingern Jamenhofs nicht aus der Enge seiner tschechischen Sprachheimat hinaus. Ein schönes, reines Esperanto sprach nur die Darstellerin der Foe Christines, Frau Starke-Overbeck, die eigentlich aus Sachsen stammt. Das berühmte Hohenfeld sang sehr Wienerlich, trotz der Uebersetzung. Frau Starke-Overbeck ist begeisterte Anhängerin der Idee Jamenhofs und dient ihr in aller Welt. M. Pr.

**Urania-Vorträge.** Am Theater täglich 5, 7 u. 9 Uhr: „Ragabate, der Menschenreiter“. — Am Kleinen Saal täglich: „Berg des Schicksals“ oder „Kind und Welt“.

**Der hundertjährige Todesstag des Dichters der Jobstade.** Aus Anlaß der hundertjährigen Wiederkehr des Todesjahres des Dichters der Jobstade, Rortum, fand gestern am Allen Friedhof in Dohum an der Grabstätte Rortums eine Gedenkfeier statt, bei der im Namen der Stadt Dohum, der Bergeshof und für die Vereinigung der westfälischen Künstler und Kunstfreunde wertvolle Kränze am Grabe niedergelegt wurden. Am 12. und 13. September veranstaltet die Stadt Dohum eine Gedenkfeier größeren Stils.

**Dr. D. J. Bach,** der „Reichskunstwart“ der deutschösterreichischen Sozialdemokratie, der Schöpfer der Arbeiterkinoeltonzerte und der sozialdemokratischen Kunststelle in Wien, ist jetzt 60 Jahre alt geworden. Er bereitet unanbänglich als Kunstberater der Stadt Wien ihr Kunst- und Theaterfest im September vor. Bach hat seit Jahrzehnten als Musik- und Theaterreferent der Arbeiterzeitung viel fördernde Erziehungsarbeit geleistet. Die Parteigenossen seines Wohnbezirks dankten ihm durch eine Feier und einen Festzug.

## Der „Kranke“ Pöhner.

Oder: Die wimmernden Helden!

Herr Pöhner, einstmalig allgemaltiger Polizeipräsident von München, dann Mitglied des Obersten Landesgerichts für Bayern, hat jetzt die höfliche Einladung erhalten, seine kurze Festungshaft freundschaftlich antreten zu lassen. Dagegen hat er sich bisher mit all der Heidenhaftigkeit gestraubt, die einen völkischen Putschisten auszeichnet. Er hat sich von seinem Hausarzt beschleunigen lassen, daß er magenleidend und deshalb hoftunfähig sei. Aber der Amtsarzt war so mittelblond, seine Hoftunfähigkeit festzustellen. Jetzt erhebt die Münchener völkische Presse ein großes Wehklagen. Im „Völkischen Kurier“ heißt es im Fettdruck:

„Anscheinend liegt es im Interesse der Wiederherstellung der Staatsautorität, wenn ein Kranker in die Festungshaft überführt wird, der er gesundheitlich nicht widerstehen kann. Es widerspricht dem Rechtsempfinden weitest Kreise, wenn eine „Strafe“ an einem Manne vollzogen wird, der krank ist. Bei den Verdiensten, die sich Pöhner in langer Dienstzeit um den Staat erworben hat, wäre eine Rücksicht auf seinen leidenden Zustand am Platze gewesen. Die Völkischen werden es sich nicht nehmen lassen, nachdrücklichst... diejenigen Persönlichkeiten dafür verantwortlich zu machen, die an einer weiteren Verschlechterung seines Zustandes die Schuld tragen.“

Vor dem Volksgericht, das über den Hitler-Pöhner-Bußsch so milde urteilt, woff sich der „Kranke Mann“ in die völkische Heidenbrust und bekannte stolz, daß er seit fünf Jahren das Verbrechen des Hochverrats vorbereitet habe. Jetzt aber, da er keine wenigen Wochen an Sommerfrische abbüßen soll, bei zweidrittel Staatspension und Landbesitz, jetzt ist er so krank, daß er um Gnade wimmert. Es sind wirklich Helden, diese Mannen um Hindström, die mit eisernen Nerden das Volk unter ihre Diktatur zwingen wollten!

Uebrigens, wenn davon die Rede ist, daß ein Kranker nicht die Festungshaft ertragen könne, wo blieb das völkische Gewissen, als es galt, den in Niederjöhnenfeld unter qualvoller Folter leidenden Festungsgesangenen zu befreien? Hat sich schon einmal das „deutsche Gewissen“ der Pöhnerleute gerührt, wenn sie die Hilfsrufe der auf endlose Jahre in Niederjöhnenfeld festgehaltenen Verurteilten gehört haben? Hat es sie einmal in der Seele gepackt, als sie erfuhren, daß einer dieser Bedauernswerten ohne ärztliche Hilfe an Lungentuberkulose zugrunde ging? Oder daß Erich Mühsam, der gleichfalls schwer krank ist, nicht einmal einen Spezialarzt konsultieren durfte? Ach nein, das Mitleid beginnt erst, wenn der Staatsverbrecher Pöhner ein paar Monate das Ufer von Landsberg aussuchen soll. Die Helden der Nooembernacht werden zu grünen Kindern, wenn sie für ihre Taten einstehen sollen!

## Die Leiche Matteottis.

Suche mit Hilfe von Polizeihunden.

Rom, 16. August. (WIB.) Zwischen Scrofano und Castellnuovo di Porto, etwa 22 Kilometer von Rom entfernt, nahe bei dem Ort, wo der Kopf Matteottis aufgefunden wurde, haben mit Hilfe von Polizeihunden angestellte Nachforschungen zur Aufklärung einer begrabenen Leiche geführt, die sich im Anfangszustand der Verwesung befindet. Die Behörden haben sich an Ort und Stelle beggeben, um festzustellen, ob es sich um die Leiche Matteottis handelt. Das Ergebnis der Aufsuchung ist noch nicht bekannt.

## Die Teufelsinseln im Weissen Meer.

Aus Kreisen führender russischer Genossen wird uns geflüchtet: Neue grauenhafte Nachrichten über die Zustände in den russischen Kerker sind wieder zu uns gelangt. Auf der Solowezki-Inseln im Weissen Meer, wo in alten Klostergebäuden mehr als 300 russische Sozialisten interniert sind, nehmen die Greuel kein Ende. Dort, im Bezirk des nördlichen Polarkreises, abgeschritten von der ganzen Welt, kochten nun schon das zweite Jahr unter den fürchterlichsten Bedingungen Mitglieder der Sozialistischen Internationale, mit der die Kommunisten mit heuchlerischem Augenaufschlag die „Einheitsfront“ herzustellen suchen.

Die zu uns gelangten Meldungen vor den Teufelsinseln im Weissen Meer lauten folgendes:

45 Proz. der Gefangenen sind an Tuberkulose und Skorbut erkrankt;

3 Gefangene sind wahnsinnig geworden;

6 Gefangene sind Ende vorigen Jahres erschossen worden!

Die Verhältnisse in den Kerkern im Weissen Meer haben sich nicht gebessert, obwohl die Moskauer Regierung genau darüber unterrichtet ist, in was für eine Hölle sie ohne Untersuchung und Gericht ihre politischen Gegner fesselt. Unter den Gefangenen war das optimistische Gerücht verbreitet, daß das Konzentrationslager auf den Solowezki-Inseln aufgelöst und die Gefangenen nach anderen Orten gebracht werden würden. Aber diese Hoffnung erwies sich als trügerisch. Die Moskauer Regierung hat bereits beschlossene, das grauenhafte System auf den Teufelsinseln des Weissen Meeres auch einen zweiten Winter bestehen zu lassen.

„Wir werden einen zweiten Winter nicht überleben.“ Dieser Schrei ertönt aus den höllischen Kerkern am Polarkreis. Und wir alle müssen dafür sorgen, daß das Vorhaben der Moskauer Regierung schleunigst hintertrieben wird, durch das das Leben aller Gefangenen bedroht wird. Noch zwei Monaten werden die Inseln im Weissen Meer wieder vom Festlande abgeschnitten sein und acht lange Wintermonate hindurch werden die Gefangenen den fürchterlichsten physischen und moralischen Qualen ausgeliefert sein.

Diese Perspektive schreit indes die kommunistischen Kerkermeister nicht. Da die Kerker auf den Solowezki-Inseln überfüllt sind, haben sie jetzt ein neues Konzentrationslager auf den noch nördlicher liegenden Anserstki-Inseln errichtet, und zwar in einem Kloster, das seit jeher den bezeichnenden Namen Sogaita trägt. Auch hier werden die gefangenen Sozialisten den Schrecken des Polarwinters, den Gewalttaten entmenschter Kerkermeister schuldig ausgeliefert sein.

Deshalb erheben wir erneut unsere Stimme und erinnern die Öffentlichkeit an jene schmachvollen Zustände, die in den kommunistischen Kerkern herrschen. Jeder, der sich noch einen Funken Gewissen und Ehre erhalten hat, muß unabhängig von seinen politischen Anschauungen gegen diese schändlichen Zustände protestieren. Nicht nur die Sozialisten, auch die kommunistischen Arbeiter sind verpflichtet, endlich ihre Stimme zu erheben und von Moskau zu verlangen, daß die Kerker auf den Teufelsinseln des Weissen Meeres aufgelöst werden und daß jene Massenabschlachtungen politischer Gegner ein Ende nehmen, die unter dem Deckmantel der Verbannung nach dem Polarkreis vor sich gehen.

Die Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands hat sich dieser Tage in der Angelegenheit der politischen Gefangenen an das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterinternationale in London mit einer besonderen Erklärung gewandt.

## Auf Spree und Havel.

Der mächtige Seenkranz um Berlin, in dem Spree, Havel und Dahme die Verbindung herstellen, ist für die Ausbreitung des Ruder- und Segelsports, aber auch des Dampferverkehrs wie geschaffen. Die Rot der Zeit hat die Vorliebe des Groß-Berliners für Dampferfahrten nicht lahmgelegt. Selbst die weiten Fahrten mit 4 bis 5 Stunden Eigedauer an Bord erfreuen sich wieder lebhaften Zuspruches. Die Friedensfahrpreise werden allerdings zum Teil noch um 30 bis 50 Proz. überschritten. So muß man für die schönsten Ferienfahrten schon mindestens 3 Rentenmark pro Person anlegen, was bei köpferreichen Familien die halbe Monatsmiete bedeutet. Schließlich ist aber für die Überreisen, die sich nicht aktiv an Ruderei und Segelerei beteiligen können, der Genuß einer ausgedehnten Dampferpartie doch so groß, daß man sich ihn wohl einmal im Sommermonat erlauben darf. Gewisse Fahrten scheinen leider unausstehbar zu sein. Der bösen Buben, die im Gefühl ihrer Sicherheit von der Brücke herab auf die Fahrgäste spuden oder sie mit Sand und Steinen beworfen, gibt es immer noch recht viele. Manche haben es sogar sein heraus, in den nach Passieren der Brücke wieder hochgekippten Dampferhörnlein große Steine oder Holzstücke zu werfen. Erwachsene Brückenpassanten mögen solche Schlingel, die auch Ruder- und Motorboote nicht verschonen, kräftig bei den Ohren nehmen. Recht veraltet ist auf den meisten Dampfern die sogenannte Musik. Wer nur ein wenig musikalisches Empfinden hat, legt sich möglichst weit ab von diesen „Blechutern“, die für eine Dorfschenke oder für einen deutschen Nationalen Kriegerverein gerade gut genug sind. Recht häßliche Szenen spielen sich immer wieder vor der Rückfahrt ab. Auch hier gilt das vom Egoismus diktierte Gesetz der Plageroberung und Ellenbogenkraft. Anstatt noch Ruder zu reizen und sich im nahen Walde zu erholen, bekommen es zahlreiche Personen fertig, ein bis zwei Stunden sich auf der Landungsbrücke zu drängen und sich mit Liebenswürdigkeiten, die nicht im „Krieger“ stehen, das Vergnügen zu versagen. Man kennt noch nicht die Anstandsmaßnahme, den gleichen Platz wie bei der Hinfahrt einzunehmen, und die Dampferreedereien haben scheinbar kein Interesse, dem Unbestande abzuwehren. Die meisten Boote gehen den Dampfern so weit als möglich aus dem Wege. Es gibt aber auch Boote, die den alten Unfug, in den Dampferkurs zu steuern oder ihn gar zu kurz vor dem Dampfer kreuzen, nicht lassen können. Die Arbeit des Kapitäns wird durch solchen Unfug erschwert. Noch gefährlicher ist die überhandnehmende Mode kleiner Boote, nach Einbruch der Dunkelheit keine Lichter zu setzen. Die Wasserschutzpolizei sollte hier sehr zupacken. Das ist besser, als wenn von Unvernünftigen ohne Anpassung an notwendige Ordnung das Unglück an den Haaren herbeigezogen wird. Wer keine Laternen hat, mit denen er sein Boot in der Dunkelheit kenntlich machen kann, muß eben seine Wasserfahrt bei einbrechender Dunkelheit beenden.

## Die Geschwindigkeitsgrenze für Autos.

Schikanen kleiner Gemeinden.

Innerhalb der Reichsverkehrsbehörden beschäftigt man sich mit der Frage, inwieweit die Bestimmungen über die Geschwindigkeitsgrenze für Kraftfahrzeuge einer Revision unterzogen werden sollen. Es handelt sich dabei insbesondere darum, daß nach den jetzigen Bestimmungen des Reichsgesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen den einzelnen Gemeinden die Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge innerhalb ihres Gebietes überlassen ist. Das Reichsgesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen sieht im allgemeinen innerhalb geschlossener Ortschaften eine Höchstgeschwindigkeit von 30 bis 40 Kilometern in der Stunde vor. In besonders gearteten Fällen können die Gemeinden durch eine besondere Verordnung die Höchstgeschwindigkeit unter dieser Grenze halten. Dies ist von einer Reihe von kleinen Gemeinden dazu mißbraucht worden, die Geschwindigkeitsgrenze auf ein unzulässig niedriges Maß bis zu 15 und 10 Kilometer in der Stunde herabzusetzen, um sich dadurch auf Grund der zahlreichen Verfehlungen bei der Durchfahrt von Kraftwagen einen geschäftlichen Vorteil zu verschaffen, da eine zwingende Notwendigkeit für eine solche niedrige Geschwindigkeitsgrenze vielfach nicht vorlag. Gegen diese Zuswänge, die teils fiskalische, teils politische Ursachen haben, gebeten sich die Reichsverkehrsbehörden zu wenden, um die diesbezüglichen Rechte der Gemeinden zu beschneiden. Es ist geplant, daß im allgemeinen unter einer Grenze von 25 Kilometern nicht heruntergegangen werden darf. Bei Erlaß des Reichsgesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen hatte man nämlich nicht damit gerechnet, daß die Gemeinden von dem ihnen aus besonderen Gründen zugedachten Rechte in einem solchen Umfange Gebrauch machen würden, wie es tatsächlich der Fall ist, und wie es den modernen Verkehrsansforderungen nicht entspricht.

## Der erste Stoppuhr-Freispruch.

Eine für Automobile wichtige Entscheidung fällt das Potsdamer Amtsgericht unter dem Vorsitz des Amtsgerichtspräsidenten Beshpal. Der Kaufmann Ernst Weil aus Berlin fuhr am ersten Pfingstferietage mit seinem Kraftwagen die Chaussee nach Potsdam-Bornim. Er wurde dort von einem Landjäger angehalten, die Autonummer notiert, und nach einigen Tagen erhielt Weil wegen zu schnellen Fahrens einen Strafbefehl in beträchtlicher Höhe. Der Beamte hatte auf Grund einer Stoppuhr eine Fahrgeschwindigkeit von 51 Kilometer festgestellt. Im Einspruchsverfahren vor dem Potsdamer Amtsgericht wurde der Angeklagte aus Staatskosten freigesprochen. Die Freisprechung begründete der Vorsitzende damit, daß das Gericht die unbedingte Zuverlässigkeit einer Stoppuhr nicht anerkenne.

## Ein ungetreuer Postbeamter.

Nach längeren Beobachtungen ist es der Kriminalpolizeistelle gelungen, einen ungetreuen Posthilfsschaffner, den 24 Jahre alten Willi Dahle, zu entlarven und festzunehmen. Dahle, der schon seit mehreren Monaten auf dem Postamt W 8 beschäftigt ist, fälschte die Ablieferungsheine von Einschreibebriefen und unterschlug dann die Sendungen. Er gibt einige 20 Fälle zu. Doch ist anzunehmen, daß noch weit mehr Veruntreuungen auf sein Konto kommen. Wie bis jetzt festgestellt wurde, erbeutete er 3000 Goldmark. Die fremden Baluten, die sich in Auslandsbriefen befanden, wechselte er in der Münzstrafe ein. Bei diesem Geschäft aber wurde er, wie Dahle selbst sagt, so „über das Ohr geblieben“, daß er die Inlandbriefe mit Rentenmark bezog. Das Geld verbrachte er. Als er verhaftet wurde, fand man bei ihm nicht mehr einen Pfennig. Diejenigen Empfänger, die zu den Bestellbezirken des Postamts W 8 gehören, die schon seit längerer Zeit Einschreibebriefe erwarten, oder wissen, daß abgehandelte noch nicht in ihrem Bestimmungsort eingetroffen sind, werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizeistelle oder bei dem Untersuchungsreferenten, IX C, Königsstr. 61, zu melden.

## Werkwürdige Unterschiede.

Aus Kreisen der Straßenhändler schreibt man uns: Ein mir bekannter Zeitungshändler holte sich am 4. Juni d. J. einen Legitimationschein und mußte dafür 1 M. für das Jahr 1924 zahlen (H. Tg. Nr. P.-Pr. 8. 1924 Polizeiamt Prenzlauer Berg). Ein anderer Händler, welcher am 5. Juni, also einen Tag später, sich einen Legitimationschein holte, mußte für den Monat 2 M. zahlen. Es wurde demselben auf Amt Wedding gesagt, wenn er

auf das ganze Jahr zahle, koste es 12 M., sonst pro Monat 2 M. (H. Tg. C. 6 S. W. 3. 24).

Ich frage nun: Wie ist es möglich, daß auf einem Polizeiamt der Schein 1 M. für das Jahr kostet, auf einem anderen 2 M. für den Monat, auf einem dritten 0,50 M. und auf einem vierten sogar nur 0,10 M. für das Jahr erhoben wird? Eine Behörde darf doch unter keinen Umständen willkürliche Gebühren erheben!

## Chetragödie in der Kremmener Straße.

Der Ehemann durch Schüsse schwer verletzt.

Ein blutiges Ende fand ein Ehepaar in der Familie des Schlossers O. Das Ehepaar, das sich bei Kriegsende verheiratete, lebte in den letzten Jahren nicht mehr so glücklich, wie im Anfang der Ehe. Der 33 Jahre alte Ehemann Heinrich O. trug sehr wenig zum Lebensunterhalt der Familie bei. Seinen ganzen Verdienst brachte er mit leichtsinnigen Frauen durch oder vertrank ihn. So war beständig Not im Hause.

Gestern Abend überraschte ihn wieder seine Ehefrau in der Stockholmer Straße bei einer Nebenbuhlerin. Es kam natürlich dabei wieder zu Streitigkeiten zwischen den Eheleuten. Schließlich gingen sie aber gemeinsam in ihre Wohnung im Hause Kremmener Straße 15 und begaben sich zur Ruhe. Beide schlafen schon seit längerer Zeit getrennt. Kurz nach 11 Uhr hörte die Frau ihren Mann an die Wand klopfen. Er zeigte ihr damit an, daß er krank sei und sich nicht wohl befinde. Als sie nun in das Wohnzimmer, an das Lager ihres Mannes ging, um ihn vielleicht durch eine Handreichung behilflich zu sein, schlug dieser plötzlich die Decke zurück und richtete einen geladenen Trommelrevolver auf sie. Wie die Frau nun weiter auslag, schlug sie die Waffe zur Seite und es kam zwischen beiden zu einem Ringkampf. Der Mann feuerte noch vier Schüsse aus seinem Revolver ab. Einer davon traf ihn in die Brust und verwundete ihn schwer. Auf die Schüsse waren Nachbarn herbeigeeilt. Der Mann wurde in das Birchow-Krankenhaus gebracht und die Frau festgenommen. Sie behauptet, daß ihr Mann sie auf diese Art beiseite schaffen wollte, damit sie seinem leichtsinnigen Leben und seinem Verkehr mit anderen Frauen nicht mehr im Wege stehe.

**Volksfester auf dem Eger.** Das am Sonnabend, dem 26. Juli 1924, auf dem ehemaligen Exerzierplatz an der „Einjamen Wäpde“, Eingang Rudolf-Wolke-Straße, veranstaltete Volksfest hat bei der Bevölkerung den Wunsch erregt, erneut ein Fest abzuhalten. Im Einvernehmen mit dem Bezirksjugendamt Prenzlauer Berg findet heute und morgen, Sonntag, den 17. August, auf dem Platz ein großes Volksfest statt. Als Eintrittspreis ist für Erwachsene der geringe Betrag von 20 Pf. festgesetzt worden; Kinder haben freien Eintritt.

**Nach-Nach-Nach-Nach.** Das Volksfest der Falkenberger Platzbauern in der Gartenstadt Falkenberg bei Grünau am morgigen Sonntag, das nachmittags um 2 Uhr beginnt, hat den erhabenen Zweck, den mehr zweifellos logenhaltigen Ehemanns-Frauen-Nach-Nach-Nach wieder auszubilden, dessen gleichfalls höchst zweifelhaftes Erbe man in Falkenberg entsetzt haben muß. Die Falkenberger, läßt wie sie sind, behaupten auch, daß sie leinereit beim Ausbruch der Hohenzollern-W. m. H. J. das berühmte Hohenzollernwetter um ein bißchen ermoden hätten. Sie wollen es morgen gleichfalls vorführen. Wfo: Falken-Bergheil!

## Die Ueberschwemmungen im Vogtland.

Durch die bereits gemeldeten Wolkenbrüche sind weite Teile des Vogtlandes und der angrenzenden thüringischen Gegenden vollständig unter Wasser gesetzt worden. Alle Bäche und Flüsse sind über die Ufer getreten und führen Jänne, Baumstämme und Hausrat mit sich. Fast alle Wiesen sind überschwemmt und gleichen Seen. Viele Fabrikgebäude sind vollständig unter Wasser gesetzt und die Benutzung der überschwemmten Arbeitsäle und Arbeitsmaschinen ist vollständig unmöglich. Seit ungefähr 21 Jahren ist in dieser Gegend ein Hochwasser von ähnlich katastrophaler Ausdehnung nicht vorgekommen. — Für Leipzig hat das Unwetter einen neuen Rekord infolern geschaffen, als die Niederschlagsmenge nach den Messungen des Geo-Physikalischen Instituts 115,3 Liter auf den Quadratmeter ergeben, während bisher als Höchstmenge 75 Liter im Oktober 1889 gemessen waren. In Mühlgrün bei Auerbach hat das Unwetter ein Todesopfer gefordert. Aus Zwickau in Sachsen wird gemeldet, daß die Müde Hochwasser führt. Innerhalb weniger Stunden schwall der Fluß bis auf beinahe drei Meter über normal an. Im Laufe der späten Abendstunden ist ein leichtes Nachlassen des Hochwassers zu verzeichnen.

## Jugendveranstaltungen.

3. Wkt. Reutlin Morgen früh Fahrt. Treffpunkt 1/2 Uhr Ringbahnhof.

## Arbeitersport.

Großkampf der Sportlichen Vereinigung Nord-Ost.

Gestern Abend gelangten in der Böhmischen Brauerei vor einem zahlreichen Publikum die Kämpfe der Sportlichen Vereinigung „Nord-Ost“ zum Austrag. Im einleitenden Ju-Jitsu-Kampf entledigte sich Lups (NO.) Kediich (Wurich) erst nach 6 Min. 54 Sek. durch Bauchschere Krüger (NO.) machte schnelle Arbeit und befreite sich von Hunger (Woran) in 1 Min. 50 Sek. durch Armhebel. Dann demonstrierten Puhlmann und Angermüller einige An- und Abwehrgriffe in der anschaulichsten Weise. Der Bogkampf der sinken Fliegengewichte (Dorschinski (Wurich)—Paris (NO.) endete nach 5 Runden mit unentschieden. Hoffmann (NO.) gab den Kampf gegen Anderka (Woran) bereits nach der ersten Runde auf. Ebenso streckte Schulz (NO.) gegen Wassermann (Wurich) in der ersten Runde die Waffen. Der Herausforderungskampf Lewandowski (Wurich) gegen Habermann (NO.) enttäuschte, der schwere Lewandowski vertrödelte viel Zeit beim Abpassen einer günstigen Gelegenheit, bei Habermann vermühte man die Angriffsfreudigkeit. Nach 5 Runden konnte es Habermann nur zu einem Punktsieg bringen. Schöne Momente zeigten die Ringkämpfe, die mit vielem Schneid ausgetragen wurden. Der Reutliner Kreismeister Droas (Berolina) legte Oppermann (NO.) nach 1 Min. 15 Sek. auf die Matte. Braich (Nord-West) und Utsch (NO.) trennten sich nach 10 Minuten ohne Resultat. In einem schönen Treffen blieb Radus (NO.) über Schneider (Woran) nach 8 Min. 27 Sek. Sieger. Jaroczewski (Wier) mußte ebenfalls nach 8 Minuten eine Niederlage von Richter (NO.) einstecken. Der schwere Rakhowski (Nord-West) konnte erst in 5 Min. 35 Sek. Roca (NO.) auf beide Schultern drücken. In den Schlußkämpfen im Ju-Jitsu unterlag Luppelt (Wurich) durch Armhebel gegen Wolff (NO.) in 3 Min. 5 Sek. Krawczak legte durch Nierenchere in 2 Min. 17 Sek. über Schneider (Wurich). Im Revanchekampf der beiden Meister Steinal (NO.) und Giller (Köln) steckte nach schönem, technisch gutem Kampf ersterer über den riesigen Giller in 15 Min. 40 Sek. durch Rückenquerscher.

## Theater der Woche.

Rom 17. bis 25. August 1924.

**Schauspieler:** Die Frau ohne Ruh. — **Deutsches Theater:** Klubsleute. — **Opernhaus:** Das Reich an der Elbe. — **Deutsches Theater:** Wenn ich nicht. — **Opernhaus am Königsplatz:** Marietta. — **Die Tribüne:** Diebstahl. — **Deutsches Künstler-Theater:** Omet Bernhard. — **Reinhold-Theater:** Simon und Datta. — **Trianon-Theater:** 17. und 18. Kinder der Freude. — **Ab 19. Der Teufelsbock.** — **Reinhold-Theater:** Die Feme. — **Theater in der Romanmandelstraße:** Mister Glödetrotter. — **Intimes Theater:** Der Alb. Schö. — **Der Befehl.** — **Zuflucht:** 17. bis 20. Die Hausdame. — **Ab 21. Der Familienkreis.** — **Reinhold-Theater:** Mosefische. — **Theater am Kurfürstendamm:** 17. und 18. 7 1/2 Uhr: Wodpium; 10 Uhr: Der Verweil. — **Ab 22. 7 1/2 Uhr: Der Verweil; 10 Uhr: Wodpium.** — **Reinhold-Theater:** 17. bis 22. Johannfeuer. — **Ab 23. Komische Gaudel.** — **Raffa-Theater:** Auch Liebe schön sein.

**Radnitsingsvorstellung.** **Rose-Theater:** Auf der Seitenbahn 10 Uhr: Glödetrotter.

